

BEIRAT HEMELINGEN

Niederschrift über die öffentliche Beiratssitzung

Sitzungstag: 03.12.2015	Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr	Sitzungsende: 21:45 Uhr	Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen Großer Saal (hinten)
----------------------------	------------------------------	----------------------------	---

Anwesend waren:

Vom Ortsamt:

Herr Ullrich Höft	Vorsitzender
Herr Theodor Dorer	f. d. Protokoll
Frau Nadine Evers	

Vom Beirat:

Herr Gerhard Arndt
Herr Ralf Bohr
Herr Heinz Hoffhenke
Herr Hans-Peter Hölscher
Herr Uwe Jahn
Frau Christa Komar
Herr Alfred Kothe
Frau Birgit Löhmann
Frau Christa Nalazek
Frau Waltraut Otten
Herr Ferhat Özel
Herr Dominic Platen
Frau Hannelore Sengstake
Herr Joachim Torka
Frau Susanne Yström

Tagesordnung:

TOP 1: Antrag auf Errichtung eines Abfallzwischenlagers, Hermann-Funk-Straße im Hemelinger Hafen

Eingeladen: Herr Dr. Joachim Lohse (SUBV) und weitere Ressortvertreter
Herr Martin Günthner (SWAH) und weitere Ressortvertreter

Kurze Pause

TOP 2: Beschlussfassung über die Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren zur Querverbindung Ost

TOP 3: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 4: Niederschrift vom 05.11.2015

TOP 5: Beiratsverschiedenes

Antrag auf Errichtung eines Abfallzwischenlagers, Hermann-Funk-Straße im Hemelinger Hafen

Eingeladen: Herr Dr. Joachim Lohse (SUBV) und weitere Ressortvertreter, Herr Martin Günthner (SWAH) und weitere Ressortvertreter

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste. Er fragt den Senator nach den Möglichkeiten einer zukünftigen Beteiligung des Beirats bei der städtebaulichen Planung Hemelingens. Dabei geht es insbesondere um das Könecke Gelände, das Coca-Cola Gelände, die Bereiche am Autobahnzubringer und den Hemelinger Hafen, die entsprechend dem gültigen Flächennutzungsplan gestaltet werden sollen.

Herr Lohse sagt eine Beteiligung zu und äußert Verständnis für den Wunsch nach Ausgleichsmaßnahmen für den Flächenverbrauch durch die vorhandenen Industrieflächen. Er weist auf den gültigen Flächennutzungsplan und die bisherigen Maßnahmen in diesem Zusammenhang hin – z.B. die Renaturierungsmaßnahmen an der Weser im Stadtteil- und sagt zu, diese fortzusetzen. Chancen sieht er auch in einer Wende weg von der Energieerzeugung durch Kohle.

Der Vorsitzende erläutert die bisherige Entwicklung der letzten 18 Monate im Zusammenhang mit dem geplanten Sondermülllager in Hemelingen. Er fragt nach den Beweggründen für die geplante Standortlösung.

Herr Lohse erklärt den Anwesenden das Vorgehen im Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, diese findet aufgrund des Abfallvolumens ohne Beteiligung der Öffentlichkeit statt.

Als Standort ist ein Privatgrundstück vorgesehen, für das es einen rechtskräftigen Bebauungsplan gibt. Die Genehmigungsbehörde hat bei der Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen keinen Ermessensspielraum für die Erteilung einer Genehmigung, wenn dessen Voraussetzungen eingehalten werden.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt im Zusammenhang mit den Beteiligungsrechten des Beirates bei baulichen Vorhaben im Rahmen der baurechtlichen Stellungnahme der Fachbehörde. Hier soll nach Möglichkeit Einvernehmen mit dem Beirat hergestellt werden. Herr Lohse erläutert das bisherige Verfahren im Zusammenhang mit der Antragsstellung der Firma Pro-Entsorga in der Funkschneise. Dieser Standort ist inzwischen aufgrund des nach Verhängung einer Veränderungssperre geänderten Bebauungsplans nicht mehr möglich.

An der Auswahl des neuen Standortes waren das Wirtschaftsressort, die WfB, SUBV sowie die Firmen Hirsch und Zacharia beteiligt, die diesen Standort unter Berücksichtigung verschiedenster Kriterien ausgewählt haben. Aus seiner Sicht haben die Anwohner bei der aktuellen Standortplanung keine Klagemöglichkeit, weil dieser zu weit von den Wohngebieten entfernt liegt.

Gesprochen werden soll jetzt über das Einvernehmen mit dem Beirat im Zusammenhang mit der Baurechtlichen Stellungnahme, nicht aber über das BImSchG - Verfahren.

Herr Dennhardt erinnert an die bisherigen Gespräche zu dem Thema und verweist auf Zusagen aus der Vergangenheit, im Zusammenhang mit einer Genehmigung des Sondermülllagers die Bevölkerung weiter zu beteiligen.

Frau Walter-Kirchheim weist auf die historische und aktuelle Entwicklung Hemelingens hin und verlangt von der Politik eine stärkere Berücksichtigung der Hemelinger Interessen und im Bedarfsfall eine Änderung der geltenden Gesetze. Sie bezieht sich auf den Unfall in Ritterhude sowie dort gemachte Fehler und macht darauf aufmerksam, dass sich eine Schule und Wohnbebauung in einer Entfernung von 200m Luftlinie befinden Sie bezweifelt eine zukünftige ordentliche Überprüfung des Betriebes durch staatliche Stellen. Außerdem verlangt sie ein neues städtebauliches Konzept für Hemelingen unter Einbeziehung des Hafens ohne die dort jetzt vorhandene Industrie.

Herr Arndt lehnt die Ansiedlung ab und fragt nach den möglichen Mehrkosten für eine Ansiedlung an einem anderen Standort (z.B. im Gewerbegebiet) und wieviel Geld der Landesregierung die Gesundheit der Hemelinger wert ist. Er fordert eine Aufstockung des Personals bei der Gewerbeaufsicht und eine kontrollierte Kennzeichnung der verarbeiteten Stoffe. Außerdem verlangt er Einsicht in die aktuelle BImSchG-Liste mit den zu verarbeitenden Stoffen.

Herr Lohse weist auf die Gesprächsbereitschaft der Politik in der Sache und die vorhandene Transparenz hin. Er sieht allerdings einen Dissens in der Frage, inwieweit die Öffentlichkeit zu beteiligen ist und Inhalte erörtert werden müssen.

Bei dem anzuwendenden Recht handelt es sich um Bundesrecht, das von Bremen nicht geändert werden kann. Seine Behörde hat bisher auch keinen geeigneteren Standort gefunden, es habe auch keine Kehrtwende im Verhalten der Behörde gegeben. Er betont, dass die Gesundheit der Bürger durch die Anlage nicht gefährdet ist. Weiterhin verweist er auf die Zuständigkeit und Kompetenz der Fachbehörden im Rahmen der staatlichen Ordnung.

Herr Dr. Kumpfer erläutert das Auswahlverfahren für den Standort, die anhand des Flächennutzungsplans erfolgt ist. Aufgrund der Infrastruktur und der Nähe zu den Anliegern erscheint der Behörde Hemelingen am geeignetsten. Er weist auf die Konzentration der Industrie in Hemelingen sowie die besondere Rolle des Hafens hin. Die Firma Pro-Entsorga sammelt Industrieabfälle –wie sie in Hemelingen und im Bremer Osten stark anfallen- und verwertet diese zentral in Hambergen.

Frau Böcker fragt, warum der Baubehörde der Genehmigungsantrag ökonomisch und ökologisch zusagt. Sie fragt nach einer Liste der lagernden Stoffe. Diese werden nicht nur gelagert sondern auch behandelt, nämlich verdünnt, vermischt, verdickt und umgelagert. Laut Bauantrag stammen die Abfälle auch aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Im Hafen gab es im letzten Jahr 16 Brände, diese Gefahr wird sich weiter erhöhen.

Herr Lohse sieht den Betriebsablauf innerhalb des Rahmens der Europäischen Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Er weist auf die Notwendigkeit dieser Betriebe hin, um die Industrie- und Produktionsbetriebe -die für Bremen wichtig sind- und deren Produktionsverfahren ohne lange Wege am Laufen zu halten. Aus Sicht der Feuerwehr bestehen im Übrigen keine Bedenken gegen den Betrieb.

Herr Bewer ist Leiter des für die Genehmigung zuständigen und führt die Abfallüberwachung durch. Eine Kontrolle der angelieferten Stoffe erfolgt schwerpunktmäßig durch die Behörde. Allein in der letzten Woche wurden drei Abfallentsorgungsbetriebe überprüft.

Zur Einstufung der Stoffe erfolgt eine Erstuntersuchung beim Verursacher. Diese Ergebnisse werden beim Entsorger überprüft. Ein Labor ist dafür nicht immer erforderlich. Eine Behandlung der Stoffe im Zwischenlager erfolgt ausschließlich zur Transportoptimierung, nicht zur Entsorgung. Eine Genehmigung ist bisher nicht erfolgt. Grundsätzlich ist es sinnvoll, kleine Zwischenlager in Nähe der produzierenden Industrie anzusiedeln. Eine abschließende Liste der zu sammelnden Stoffe wurde noch nicht erstellt.

Herr Bohr erinnert daran, dass in der letzten öffentlichen Erörterung zugesagt wurde, mögliche Einwände des Beirats und der Bevölkerung vor Genehmigungserteilung zu prüfen. Er verlangt Einsicht in die Stoffliste und die Prüfung der damaligen Fragen zum Brandschutz und Abfallüberwachung. Er weist auf die entsprechenden Ausweisungen des Flächennutzungsplans und entsprechende Stellungnahmen des Senats zur Standortfrage in der Vergangenheit hin. Er fragt nach den Gründen der beteiligten Ressorts für die jetzt getroffene Standortentscheidung.

Herr Lohse erklärt, dass sich die Liste der dort zu sammelnden Stoffe noch in der Abstimmung befindet und somit nicht vorliegt. Eine abschließende Beurteilung erfolgt durch die BImSchG Genehmigungsbehörde. Heute geht es dagegen um die baurechtliche Stellungnahme des Beirats. Hier geht es nicht um Neuansiedlung von Gewerbe sondern um die zulässige Nutzung von Privateigentum im Rahmen der geltenden Bebauungsvorschriften, auf die ein Rechtsanspruch besteht.

Frau Gessner bestätigt die Aussagen von Herrn Lohse und Herrn Dr. Kumpfer. Es wurden andere Standorte in Bremen untersucht, es wurde keine bessere Lösung gefunden. Benötigt wird ein Standort im Bremer Osten. Sie weist auf die geplanten neuen Impulse für Hemelingen u.a. bei der Nutzung des Könecke-Geländes hin.

Herr Otten bedauert, dass sich der Beirat nach dem Unfall in Ritterhude auf die Zusage der Behörde verlassen hat, die Klärung der dortigen Unfallumstände abzuwarten, bevor die Standortfrage in Hemelingen fortgeführt wird. Er weist auf die Häufung der BImSch-Betriebe (14) in Hemelingen hin.

Eine Bürgerin bezweifelt die Geeignetheit des Geländes und schlägt das Gebiet um den Bereich der Stahlwerke wegen der bereits vorhandenen Nutzung durch Entsorgungsbetriebe und der größeren Entfernung zu Wohngebieten vor.

Frau Schäfer beschreibt noch einmal die Ängste der Bevölkerung. Sie fragt nach den juristischen Möglichkeiten, die Genehmigung zu verhindern und möchte verhindern, dass in Hemelingen weitere störende Gewerbe angesiedelt werden.

Herr Lohse erläutert noch einmal die aktuelle Rechtslage, welche aus seiner Sicht eindeutig für den Antragsteller spricht. Baurechtlich ist seiner Meinung nach das Projekt nicht zu verhindern.

Frau Gessner beschreibt einen Bericht zur Erfassung von Möglichkeiten zur Ansiedlung von BImSchG Betrieben, der 2013 auf der Grundlage von Flächennutzungsplan und den Bebauungsplänen erstellt wurde. Sie beschreibt das Verfahren zur Ansiedlung solcher Unternehmen. Die Fachressorts Wirtschaft und Bau sehen den Hemelinger Hafen weiterhin als geeigneten Standort für die Abfallwirtschaft an.

Herr Arndt fragt nach der Möglichkeit einer Ansiedlung im Gewerbepark Hansalinie und der Höhe der damit verbundenen Kosten. Er bemängelt das stichpunktartige Kontrollverfahren und fordert die Politik auf, alles zu tun, um das Vertrauen der Bevölkerung wieder herzustellen.

Herr Kothe fragt nach den Möglichkeiten und Kosten einer Umsiedlung und weist auf die Kosten verschiedener Verkehrsprojekte hin.

Herr Jahn bedankt sich bei den Gästen für das Kommen und weist auf die durch den Hafen führende Fahrradrouten hin. Er fordert von der Politik die zügige Umsetzung ihrer Möglichkeiten zur politischen Gestaltung in Form von Flächennutzungsplan und Bebauungsplänen. Die Stellungnahme des Beirates wird erfolgen, wenn alle Informationen vorliegen. Er mahnt die Umsetzung eines Abfallwirtschaftskonzepts an. Er möchte nicht mittelfristig sondern kurzfristig gemeinsam mit den Fachbehörden in die Umgestaltung des Hemelinger Hafens einsteigen.

Herr Lohse weist auf seine weiteren Termine hin und erläutert noch einmal das baurechtliche Verfahren. Er weist auf die hohen Entschädigungszahlungen für bestehende Betriebe bei einer Änderung des Baurechts hin. Der aktuelle Flächennutzungsplan wurde nach siebenjähriger Vorbereitung und Beteiligung der Beiräte in 2015 von der Bürgerschaft verabschiedet, er wird

für 15 bis 20 Jahre Gültigkeit haben. Er sagt eine kurzfristige Verständigung für die Möglichkeiten zur Neugestaltung des Hemelinger Hafens zu und verabschiedet sich.

Eine Anwesende weist auf ein Urteil des EUGH hin, in dem dieser feststellt, dass bei der Genehmigung von Betrieben, die mit Sondermüll umgehen, ein Abstand einzuhalten ist, über den im Zweifelsfall die Gerichte und nicht die Genehmigungsbehörden entscheiden. Außerdem ist im BImSchG das Gebot der Rücksichtnahme und die Möglichkeit der Vermeidung von Sondermüll als Kriterium für eine Genehmigung festgelegt. Sie bittet für die Bürgerinitiative um Spenden, damit weiterhin eine juristische Beratung erfolgen kann.

Ein andere Anwesende fragt nach den Folgen der Firmenansiedlung für die zukünftige Genehmigung von Betrieben, die Sondermüll produzieren. Vorhandene Sonderflächen der Stadt sollten für solche Ansiedlungen genutzt werden.

Frau Böcker fragt noch einmal nach der Stoffliste. Sie möchte sicher stellen, dass Stoffe die nicht gelagert werden dürfen, auch nicht eingesammelt und direkt nach Hambergen verbracht werden.

Die Planungsrechtliche Stellungnahme von SUBV vom 24.11.2015 wurde am 03.12.2015 an die Beiratsmitglieder verteilt.

Von den Behördenvertretern wird von Beirat und Ortsamt die Bereitschaft zu einem langfristigen und dauerhaften Dialog und die Bereitschaft zur Erläuterung des BImSch Antrages sowie die Einberufung einer Planungsrunde erwartet.

Kurze Pause

Beschlussfassung über die Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren zur Querverbindung Ost

Der Vorsitzende stellt das Thema vor. Zunächst erläutert jede Beiratsfraktion ihre grundsätzliche Haltung zu dem Thema, anschließend kommt die gemeinsame Stellungnahme zur Abstimmung

Herr Hölscher weist auf den Beschluss seiner Partei zum VEP hin und lehnt die Querspange für seine Fraktion in der jetzigen Form ab

Herr Bohr begrüßt für die Grünen die Querspange als Bestandteil des VEP und weist auf den einstimmigen Bürgerschaftsbeschluss hin. Er betont die aus seiner Sicht positiven ökologischen und ökonomischen Aspekte sowie die Perspektiven für die Zukunft.

Herr Arndt spricht sich für die LINKE für die Querspange aus, da sich bei Realisierung der Kompensationsmaßnahmen keine Verschlechterungen bei der Verkehrsanbindung für Hemelingen ergeben und die Querspange ein erster Schritt für eine Verlängerung der Straßenbahn nach Osterholz und über die Carl-Carstens-Brücke nach Habenhausen sein kann.

Herr Kothe lehnt für die CDU die Querspange wegen der unkalkulierbaren Kosten und der ökologischen Folgen ab.

Herr Jahn weist auf den einstimmigen Beiratsbeschluss zum VEP aus 2012 hin. Die darin aufgeführten Forderungen zur Verbesserung des ÖPNV in Hemelingen wurden bis heute nicht umgesetzt. In der vorliegenden Form sieht er Benachteiligungen für den Stadtteil, er verweist auf die zur Abstimmung stehende Stellungnahme.

Herr Hoffhenke weist auf die 3jährige Bauzeit, Baumfällungen, Verkehrsstaus und Behinderungen hin und lehnt die Querspange deshalb ab. Ihm fällt die Zustimmung zu der formulierten Stellungnahme deshalb schwer.

Der Vorsitzende erläutert die Gründe für die Stellungnahme einerseits und die ablehnende Haltung des Beirats einerseits.

Herr Bohr zitiert die Ausführungen des Beirats zur Querspange aus dem Beiratsbeschluss zum VEP aus 2012.

Herr Lübke weist darauf hin, dass dem VEP als Gesamtpaket zugestimmt wurde. Diese Einzelmaßnahme hält er für kritikwürdig.

Herr Saxe weist auf die Gesamtstädtischen Interessen hin. Der Autoverkehr hat aufgrund von Angebotsverbesserungen des ÖPNV abgenommen, er weist auf den damaligen Konsens in der Sache hin.

Herr Otten lehnt die Querspange Ost aufgrund der für Hemelingen entstehenden Nachteile ab.

Herr Arndt weist auf die ausgiebige Beratung und Verhandlung des VEP im Planaufstellungsverfahren hin.

Herr Krüger spricht sich für die Stellungnahme aus, um trotz Ablehnung an der weiteren Planung beteiligt zu bleiben. Er fordert eine bessere Taktung der Linienbusse, die bessere Anbindung von Osterholz und die Intensivierung des Regionalzugverkehrs.

Herr Schnabel lehnt die geplante Maßnahme ab, da die jetzige Lösung aus seiner Sicht funktioniert.

Herr Hoffhenke weist auf die Umwidmung von für den Ausbau der Osterholzer Heerstraße gedachten Bundesmitteln für die Querspange Ost hin.

Der Vorsitzende weist auf die weitergehende Planung für die Osterholzer Heerstraße hin. Es wird bei der jetzigen Planung keine weitere Verdichtung der Bahnlinien geben. Er stellt dem Beirat den anliegenden Entwurf für eine Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren vor. Der Beschluss wird bei zwei Enthaltungen angenommen.

Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Eine Anwohnerin weist auf Verkehrsprobleme im Bereich Stackkamp / Hemelinger Heerstraße hin.

In der Christernstraße sind Piktogramme für Fahrräder angebracht. Diese heben die Radwegbenutzungspflicht auf.

Eine Anwohnerin fordert die Anordnung von Tempo 30 in der Christernstraße. Diese Forderung wurde bisher von BSAG und ASV abgelehnt. Es wird weiter darüber diskutiert.

Eine Bürgerin weist auf die „Begrünung“ des Radweges in der Westerholzstraße hin. Der FA Bau wird das Thema in einem Ortstermin mit dem ASV erörtern.

Niederschrift vom 05.11.2015

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Beiratsverschiedenes

Vergabe von bisher nicht abgerufenen Globalmitteln

Folgende Anträge sollen von möglichen Resten bedient werden: Helga Hoffmann in Beleghöhe (Nr. 42), Elterninitiative Arbergen-Mahndorf 2.000,00 € (Nr. 49), SV Hemelingen 1.300,00 € (Nr. 52). Der Beirat stimmt einstimmig zu.

Die Wirtschaftsdeputation hat eine Verlängerung des Stadtteilmarketings Hemelingen um zwei Jahre beschlossen.

Herr Hoffhenke weist auf das Weihnachtsessen am 18.12.2015 um 19:00h in den Centralhallen hin.

Gez. Höft
Vorsitzender

Gez. Jahn
Beiratssprecher

Gez. Dorer
f. d. Protokoll

Liste der in Protokollen gebräuchlichen Abkürzungen:

AöPV	Arbeitsgemeinschaft öffentlicher Personennahverkehr
ADFC	Allgemeiner Deutscher Fahrradclub
ASV	Amt für Straßen und Verkehr
BILL	Bürgerinitiative für lückenlosen Lärmschutz
BSAG	Bremer Straßenbahn AG
BVM	Bundesverkehrsministerium
DB	Deutsche Bahn
FA	Fachausschuss
FLK	Fluglärmkommission
FNP	Flächennutzungsplan
GIRL	Geruchsimmissions-Richtlinie
IB	Immobilien Bremen
KITA	Kindertagesstätte
KOA	Koordinierung und Finanzen
KOB	Kontaktbereichspolizist
NABU	Naturschutzbund Deutschland
SfWAH	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
SUBV	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
UB	Umweltbetrieb Bremen
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
VEP	Vorhaben- und Erschließungsplan

Hemelingen - auch in Zukunft mit Bus & Bahn gut angebunden

Forderungen des Beirates zum Personennahverkehr im Stadtteil Hemelingen

Am 9.2.2012 hat sich die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie mit einem veränderten Konzept zum schienengebundenen ÖPNV und SPNV befasst. In Bezug auf die Maßnahmen im Bremer Osten wurde beschlossen, die Beiräte dieses Bereiches anzuhören.

Der Beirat Hemelingen nimmt hierzu wie folgt Stellung:

- **Neue Querverbindung bietet Chancen**

Die geplante Querverbindung einer Straßenbahnlinie zwischen der Georg-Bitter-Straße und Julius-Brecht-Allee wird aus gesamtplanerischer Sicht begrüßt unter der Voraussetzung, dass sich daraus für die ÖPNV-Anbindung des Stadtteils an anderer Stelle keine Nachteile ergeben. Hierdurch würden für Teile des Stadtteils Wege verkürzt und auch das Stadtamt besser angebunden werden. Es darf aber auf keinen Fall zu einer Ausdünnung der Straßenbahnen Richtung Sebaldsbrück (Linien 2+10) und Weserwehr (Linie 3) kommen. Bei der Planung in der Steubenstraße besteht der Beirat auf der Beibehaltung der Fahrspuren in beide Richtungen für den Individual- und Lieferverkehr. Bei der Planung der Stresemannstraße wird gefordert, dass dort ebenfalls in jede Richtung zwei Fahrstreifen erhalten bleiben. Bei der Planung in der Steubenstraße besteht der Beirat auf eine deutlich verbesserte radfahrer- und fußgänger-freundliche Verkehrsführung.

- **Planungen für Linie 2 und 10 erhalten**

Mittelfristig muss die Verlängerung der Straßenbahnlinien 2 + 10 über die gesamte Sebaldsbrücker und Osterholzer Heerstraße weiter verfolgt werden. Hierzu erwartet der Beirat verbindliche Zusagen auf Grundlage der bisherigen Planungen. Im Übrigen schließt sich der Beirat Hemelingen in diesem Punkt dem Beschluss des Beirates Osterholz vom 23.2.2012 an.

- **ÖPNV im Stadtteil verbessern**

Die Vorlage bezieht sich ausschließlich auf den schienengebundenen Nahverkehr. Es ist aber notwendig, sich mit der Gesamtsituation zu befassen, da im Stadtteil grundsätzlich Bedarf an verbesserter Versorgung durch den ÖPNV besteht.

Aus diesem Grund fordert der Beirat Hemelingen folgende Maßnahmen:

- **Busverbindung ins „Eisenbahnerviertel“**

Gerade für ältere Menschen sind aus verschiedenen Wohnquartieren die Haltestellen nur sehr schwer zu erreichen. Das gilt insbesondere für das „Eisenbahnerviertel“. Hier ist eine Anbindung direkt ins Quartier notwendig.

- **Busverbindung zum Krankenhaus Bremen-Ost, Weserpark und nach Blockdiek**

Durch die zusätzlich geplante Einstellung der Linien 38, 40 und 41 zwischen Sebaldsbrück und Osterholz verschlechtert sich für Teile des Stadtteils der Weg zum Krankenhaus Bremen-Ost, dem Weserpark und nach Blockdiek. Hier wird eine bessere Taktung der ersetzenden Buslinie 37, sowie die Ausweitung des Betriebes der Linie 29 auf alle Wochentage gefordert.

- **Verbesserte Anbindung für den Ortsteil Hemelingen**

Die Anschlüsse und Taktungen zwischen dem Ortsteil Hemelingen und der Innenstadt müssen deutlich verbessert werden. Die bestehende Taktlücke der Linien 40/41 (10-20-10-20 Minuten) muss durch mehr Busverbindungen geschlossen werden. Verbunden mit dem Schließen der Taktlücke ist auch eine direkte Anbindung von Arbergen, Hemelingen und Mahndorf an das Stadtamt in der Stresemannstraße zu realisieren.

- **Verbesserte Anbindung des Gewerbegebietes Hansalinie**

Das sehr stark wachsende Gewerbegebiet ist bislang nur über Individualverkehre gut erreichbar. Da aber viele Arbeitnehmer schon aus rein wirtschaftlichen Gründen auf den ÖPNV angewiesen sind, muss dieser dringend erweitert werden. Hier bietet sich die Verlängerung der Buslinie 42 über die gesamte Führung der Europaallee (auch unter der Bahnlinie hindurch) an. Das ÖPNV-Angebot muss auf alle Werkstage ausgeweitet und die bestehenden Taktlücken schnell geschlossen werden.

- **Schienengebundenen Personennahverkehr ausbauen und neue Haltepunkte schaffen**

Der Beirat besteht auf zügige Umsetzung der Planungen für die Haltepunkte Föhrenstraße und Hemelingen-Süd und dazu eine verbindliche Zeitplanung mit Baubeginn und Fertigstellungsdatum! Die weitere Planung und Umsetzung der Baumaßnahmen darf sich nicht mangels personeller Kapazitäten unnötig in die Länge ziehen. Die Taktung des schienengebundenen Personennahverkehr von den Ortsteilen Arbergen, Hemelingen und Mahndorf ist erheblich zu verbessern, da hier keine vernünftige Straßenbahnverbindung zur Innenstadt besteht. Der Beirat fordert außerdem die Aufnahme von Planungen für den Haltepunkt Arbergen. Mittelfristig ist auch die Einrichtung eines Eisenbahn-Haltepunktes im Gewerbegebiet Hansalinie zu überlegen.

Beschlussvorlage zum Thema „Querverbindung Ost“ hier: Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren

Vorbemerkungen

Auf seiner Sitzung vom 05.03.2015 hat der Beirat Hemelingen vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens seine grundsätzliche Ablehnung der Querverbindung Ost zum Ausdruck gebracht.

Die Herstellung der Querverbindung Ost bringt für den Stadtteil Hemelingen und den Ortsteil Hastedt keine Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr. Befürchtet werden aber Verschlechterungen in der Abwicklung des motorisierten Individualverkehrs die zu einer Erhöhung der Umweltbelastungen führen wird.

Der Bau der Straßenbahntrasse im Zuge der Bennigsenstraße und Stresemannstraße stellt einen massiven Eingriff in die städtebauliche Situation in diesem Bereich dar, der auch mit erheblichen Verschlechterungen der ökologischen Situation in Hastedt verbunden ist.

Die Verlagerung der Linie 2 vom Abschnitt Bennigsenstraße bis Depot Sebaldsbrück zum Abschnitt Stresemannstraße/Steubenstraße/Julius-Brecht-Allee bringt eine Verschlechterung der direkten Innenstadt-Anbindung für Hemelingen und die südlichen Teile von Osterholz beiderseits der Osterholzer Heerstraße. Das Viertel und der Bereich Domsheide, Obernstraße Faulenstraße ist dann nur noch über Umwege und unter mehrmaligem Umsteigen zu erreichen. Die zeitlichen und räumlichen Kapazitäten des öffentlichen Personennahverkehrs für die Bereiche beiderseits der Hastedter Heerstraße/Sebaldsbrücker Heerstraße/Osterholzer Heerstraße werden nachhaltig ausgedünnt.

Ein Ausgleich für diesen Nachteil und zugleich eine weitere quantitative und qualitative Verbesserung für den ÖPNV kann nur durch eine verbindliche Planung der Verlängerung der Linie 3 über die Querspange Malerstraße zum Depot in Sebaldsbrück und der weiteren Verlängerung im Zuge der Osterholzer Heerstraße bis zur Hans-Bredow-Straße erreicht werden.

Zur weiteren Verbesserung der Nachfrage auf den Straßenbahnlinien 3 und 10 fordert der Beirat mindestens auf der von den Buslinien 40 und 41 befahrenen Achse zwischen Hastedt und Mahndorf die Umstellung auf einen vollwertigen 10-Minutentakt.

Christian Meyer
Feuerkuhle 37
28207 Bremen

An den
Beirat Hemelingen

Bürgerantrag

Der Beirat Hemelingen wird aufgefordert, sich unverzüglich energisch gegen die geplante Querverbindung Ost einzusetzen und das Vorhaben abzulehnen.

Begründung:

Der Beirat Hemelingen muss eindeutig Position beziehen, das sich andere Beiräte bereits positioniert haben. Für den Stadtteil sind die negativen Folgen der Querverbindung Ost:

- Dauerstau in Bennigsen- und Steubenstraße
- Unverhältnismäßig hohe Kosten
- 150 alte Bäume müssen gefällt werden
- Verkehrsverbindungen im Stadtteil werden sich durch den Wegfall der Linie 2 massiv verschlechtern
- In Sebaldsbrück fahren zukünftig stinkende Busse statt sauberer Bahnen.

Da das Bauressort seine Zusage, die Verkehrssimulation öffentlich zu präsentieren, nicht eingehalten hat, lehnt der Beirat das Vorhaben ab.

Ortsamt Hemelingen • Godehardstraße 19 • 28309 Bremen

Frau
Iris Hülsemeyer
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Referat 53
Contrescarpe 73
28195 Bremen

Auskunft erteilt
Ullrich Höft

Zimmer 1

T (04 21) 361-3000

F (04 21) 496-3000

E-Mail

ullrich.hoef@ortsamt.hemeligen.bremen.de

Datum und Zeichen

29.10.2015, E2720BG2015

Mein Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 04.01.2016

Stellungnahme des Beirates Hemelingen als Träger öffentlicher Belange zum Planfeststellungsverfahren Querverbindung Ost

Sehr geehrte Frau Hülsemeyer,

der Beirat Hemelingen hat in seiner Sitzung am 03.12.2015 die nachfolgende Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren beschlossen:

Der Beirat fordert eine ausführliche Darstellung und ggf. die Korrektur der Abwägungen, die zu der Entscheidung geführt haben, die Straßenbahn sowohl in der Bennigsenstraße wie in der Stresemannstraße in Mittellage zu führen. Im Zuge der Georg-Bitter-Straße wird sie in Seitenlage geführt. Dadurch ist die Kreuzung mit der Hamburger Straße / Auf der Hohwisch optisch deutlich kompakter als die Kreuzung Hastedter Heerstraße / Bennigsenstraße / Bei den drei Pfählen / Georg-Bitter-Straße. Diese Planung ist auch mit weiten Wegen für die Mehrzahl der Fußgänger verbunden. Hier muss noch einmal die Lage der Haltestellen überdacht werden. Bei der Lage der Straßenbahn in Seitenlage auf der Südseite der Bennigsenstraße wäre für Fußgänger nur die Querung der eigentlichen zweispurigen Fahrbahn das Problem.

Die Erweiterung der Gesamttrasse in der Bennigsenstraße ist ein massiver Eingriff in das städtebauliche Bild. Nach Überzeugung des Beirates könnte dies durch die Anordnung der Straßenbahn in Seitenlage auf der Südostseite etwas gemildert werden, da durch die Anlage eines Rasengleises und der dort vorgesehenen Pflanzungen der Eindruck einer größeren Grünanlage geschaffen werden könnte.

Die Erweiterung der Gesamttrasse in der Stresemannstraße ist ebenfalls ein massiver Eingriff in das städtebauliche Bild. Nach Überzeugung des Beirates könnte dies durch die Anordnung der Straßenbahn in Seitenlage auf der Nordostseite der Stresemannstraße, also vor dem Grundstück der Telekom und des Bauhauses ebenfalls abgemildert werden. Der Fahrbahnbereich für den Individualverkehr bleibt dann wie bisher vollständig auf der Seite zu den Autohäusern hin.

Wenn für die Entscheidung über die Lage der Straßenbahntrasse die Verkehrsabwicklung an der Kreuzung Bennigsenstraße / Stresemannstraße ausschlaggebend gewesen sein sollte, wird auch hier eine ausführliche Darstellung der Abwägung gefordert. Eine vergleichende Darstellung in einer Verkehrssimulation aufgrund von Ist-Daten an den Kreuzungspunkten könnte hier aufklärend wirken.

Falls jedoch entgegen der Begründung der Gesamtbaumaßnahme nicht von einer Abnahme des MIV ausgegangen wird – was ein Widerspruch in sich wäre – wird durch den Beirat eine Intensivierung des Verkehrs in der Bennigsenstraße befürchtet, was zu Verdrängungs- und Verlagerungseffekten führen könnte.

Schwer erträglich ist für den Beirat der Verlust von 178 Bäumen in der Bennigsenstraße, Stresemannstraße und Steubenstraße. Der ökologische Verlust muss vorrangig im Ortsteil Hastedt und im Stadtteil Hemelingen ausgeglichen werden. Die vorgelegte Liste der Ausgleichsmaßnahmen und insbesondere der Ersatzpflanzungen findet nicht die Zustimmung des Beirates.

Der Beirat lehnt eine Aufnahme von in den Jahren 2013/14 nicht nachgepflanzten abgängigen Bäumen im Straßenbegleitgrün in die Liste der Ausgleichsmaßnahmen ab. Sie dürfen nicht mit der Ausgleichsverpflichtung verrechnet werden.

Der Beirat fordert, alle Bäume zusätzlich an Stellen zu pflanzen, die mit dem Beirat abgestimmt sind. Dabei sind zunächst der Ortsteil Hastedt und dann die weiter angrenzenden Ortsteile des Stadtteils Hemelingen auf nicht bzw. nicht mehr genutzte Baumstandorte durch zu mustern, um dann eine neue Liste der Ausgleichspflanzungen zu erstellen. Der Beirat wird in dieser Hinsicht gemeinsam mit den Bewohnern aktiv werden und eigene Vorschläge machen. Damit diese auch übernommen werden können muss die derzeitige Liste von der Planfeststellung ausgenommen werden.

Ich bitte um Beachtung und Berücksichtigung im weiteren Erörterungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Ullrich Höft
Ortsamtsleiter